



Konjunkturbericht Nordrhein-Westfalen 2025 #2

NRW-Wirtschaft vor dem konjunkturellen Umschwung

Konjunkturbericht Nordrhein-Westfalen Juni 2025

Torsten Schmidt, Boris Blagov, Maximilian Dirks, Niklas Isaak, Florian Kirsch und Philip Schacht-Picozzi¹

Kurzfassung

Die Wirtschaftsleistung in Nordrhein-Westfalen ist im vergangenen Jahr nochmals gesunken. Hauptgrund dafür ist, dass sich die Anpassung der Industrie an das neue Umfeld durch höhere Energiepreise und schärferen internationalen Wettbewerb fortgesetzt hat. Inzwischen zeigt sich aber eine Stabilisierung der Produktion in der Industrie. Zu Beginn dieses Jahres wurde die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe sogar wieder ausgeweitet. In NRW fiel der Anstieg im ersten Quartal aber geringer aus als im Bundesdurchschnitt. Die Dienstleistungen dürften deutschlandweit weiterhin mit ähnlichen Raten leicht zunehmen. Auch in der Bauwirtschaft steht anscheinend eine Besserung bevor.

Im kommenden Jahr dürften die Mittel aus dem Sondervermögen und die steigenden Verteidigungsausgaben wirksam werden. Sollten von dem auf NRW entfallenden Anteil jährlich 2 Mrd. Euro investiert werden, dürfte das BIP rein rechnerisch um etwa 0,2% steigen. Dazu kommen die Effekte der Bundesmittel, die in NRW wirksam werden sowie die höheren Verteidigungsausgaben, von denen auch Unternehmen in NRW begünstigt werden. Insgesamt dürfte das BIP durch diese Maßnahmen um 0,5% höher ausfallen, wenn ausreichend Baukapazitäten zur Verfügung stehen oder kurzfristig geschaffen werden können.

Allerdings bleiben die strukturellen Belastungen und Risiken in der Industrie bestehen. So leidet gerade das Verarbeitende Gewerbe weiterhin unter hohen Energiekosten und einer geringeren internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Insbesondere der Zollkonflikt sorgt für Verunsicherung. Eine rasche Ausweitung der Kapazitäten dürfte auch aufgrund der fehlenden Fachkräfte nicht ohne weiteres möglich sein.

Insgesamt dürfte das BIP in NRW in diesem Jahr um 0,1% steigen. Dabei dürfte der Zuwachs zu Jahresbeginn gering ausfallen und sich im Verlauf des Jahres etwas beleben. Aufgrund der schwächeren Produktion zu Jahresbeginn dürfte die Jahresdurchschnittsrate unter der des Bundes liegen, die wohl 0,3% beträgt. Für das kommende Jahr ist mit einem deutlich stärkeren Anstieg der Wirtschaftsleistung zu rechnen. Wir erwarten einen Zuwachs im Jahresdurchschnitt von 1,5%, der dem Anstieg in Deutschland insgesamt entspricht.

Die Schwächephase am Arbeitsmarkt hält weiter an. Im Jahresdurchschnitt dürfte sich zwar noch eine geringfügige Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung von 35 Tsd. Personen in Deutschland und 13 Tsd. Personen in NRW ergeben. Gleichzeitig dürfte aber auch die Arbeitslosigkeit weiter steigen. Nach 7,5% im vergangenen Jahr dürfte die Arbeitslosenquote in NRW im Jahr 2025 auf 7,8% klettern.

¹ Abgeschlossen am 30. Mai 2025. Die Verfasser danken Silvia Mühlbauer für die technische Unterstützung.

NRW-Wirtschaft stabilisiert sich

In Nordrhein-Westfalen ist die Wirtschaftsleistung im vergangenen Jahr nochmals gesunken. Mit -0,4% war der Rückgang etwas stärker als im Bundesdurchschnitt, wo er -0,2% betrug. Auch in den beiden Bundesländern mit einer hohen Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe, Bayern und Baden-Württemberg, ist das Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr spürbar gesunken (-1,0% bzw. -0,4%). Hauptgrund dafür ist, dass sich die Anpassung der Industrie an das neue Umfeld durch höhere Energiepreise und schärferen internationalen Wettbewerb noch fortgesetzt hat. So ist die Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe in NRW um 3,5% gesunken. In Baden-Württemberg ging sie um 2,6% in Bayern sogar um 4,7% zurück. Im Vergleich dazu sind die Anstiege der Wertschöpfung in den Dienstleistungsbereichen deutlich ähnlicher: In NRW stieg sie um 0,7%, in Baden-Württemberg um 1,0% und in Bayern um 0,8%.

Im Unterschied zu Bayern und Baden-Württemberg ist die Wirtschaftsleistung in NRW wie auch in Deutschland insgesamt zwei Jahre in Folge gesunken. Der Grund dafür ist, dass in NRW mehrere bedeutende Wirtschaftszweige in den vergangenen Jahren von verschiedenen Schocks betroffen waren, während sich in anderen Bundesländern oft nur einzelne Schocks besonders stark ausgewirkt haben. So sind die Wirtschaftszweige Metallerzeugung und -verarbeitung sowie das Textilgewerbe seit einigen Jahren einem hohen internationalen Wettbewerb ausgesetzt, so dass die Produktion in diesen Bereichen bereits seit längerem kontinuierlich zurückgeht (Schaubild 2). In der Automobilindustrie hat der Wettbewerb in jüngster Zeit merklich zugenommen. Zuletzt hat sich die Produktion in dieser Branche aber bereits wieder stabilisiert. Die Chemische Industrie wird, wie alle energieintensiven Wirtschaftszweige, von den seit dem Jahr 2022 gestiegenen Energiepreisen belastet. Der Maschinenbau und die Elektroindustrie sind von diesen Belastungen direkt weniger stark betroffen. Der Produktionsrückgang ist hier eher Folge der Probleme in anderen Wirtschaftszweigen und der Investitionszurückhaltung.

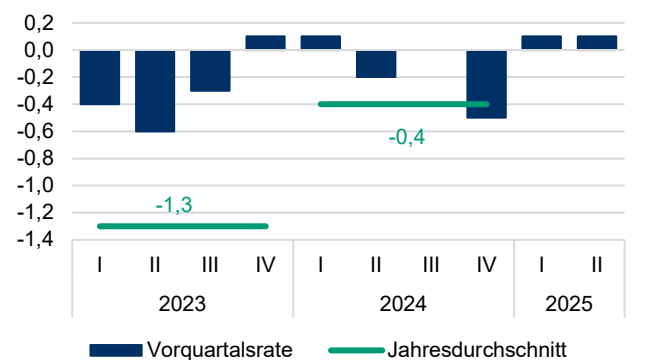
Inzwischen zeigt sich am aktuellen Rand aber eine Stabilisierung in der Industrie. Zu Beginn dieses Jahres wurde die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe wieder etwas ausgeweitet (Schaubild 3). In NRW fiel der Anstieg im ersten Quartal aber geringer aus als im Bundesdurchschnitt. Der Produktionsanstieg bei den Investitionsgütern lässt erwarten, dass wieder mit einer steigenden Nachfrage gerechnet wird. Darauf deuten auch die seit Mitte vergangenen Jahres steigenden Auftragseingänge hin. Gleichzeitig zeigen die Unternehmensumfragen der IHKs in NRW, dass die aktuelle Geschäftslage im Frühsommer 2025 weniger pessimistisch eingeschätzt wird als zu Jahresbeginn. Auch die Geschäftserwartungen haben sich verbessert. In den Unternehmensumfragen der NRW.BANK nennen spürbar weniger Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe den Mangel an Neuaufträgen als Produktionshemmnis. Zudem ist der Anteil der Unternehmen mit expansiven Beschäftigungsplänen im April gegenüber März

2025 leicht gestiegen. Dennoch ist die Stimmung in der nordrhein-westfälischen Wirtschaft im Durchschnitt der ersten drei Monate dieses Jahres gegenüber dem Durchschnitt der drei Monate zuvor zurückgegangen. Die Dienstleistungen dürften deutschlandweit weiterhin mit ähnlichen Raten leicht zugenommen haben. Dagegen ist die Produktion in der Bauwirtschaft in NRW im ersten Quartal deutlich gesunken, während sie in Deutschland insgesamt ausgeweitet wurde. Vor diesem Hintergrund erscheint die modellgestützte Schätzung der Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) plausibel. Sie ergibt für das erste und zweite Quartal einen Anstieg um 0,1% (Schaubild 1).

Schaubild 1

Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts in Nordrhein-Westfalen

2023 bis 2025; Vorquartalsraten und Jahresraten in %



Eigene Berechnungen nach Angaben des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

Allerdings hat sich zu Beginn dieses Jahres vor allem das internationale Umfeld deutlich verschlechtert. Die Handelspolitik der USA hat durch höhere Zölle und die Drohung weiterer Erhöhungen zu einer Belastung der Exporte in die USA geführt. Schwerer wiegen dürfte derzeit aber die mit dieser Politik verbundene Unsicherheit: Schon seit Beginn des Jahres, vor allem aber seit April wurde die Einführung oder Erhöhung von Zöllen wiederholt verkündet und dann wieder zurückgenommen. Noch ist nicht absehbar, wie sich die Bedingungen weiter entwickeln werden. Das Bestreben der Exporteure, den Zöllen zuvorzukommen, hat in den USA im ersten Quartal zu einem kräftigen Anstieg der Importe geführt. Diese vorübergehend höhere Nachfrage könnte in Deutschland zum Anstieg der Auftragseingänge und der Produktion seit Beginn des Jahres beigetragen haben. Da aber auch die Auftragseingänge aus dem Inland deutlich gestiegen sind, können die Vorzieheffekte nur ein Teil dieser Verbesserung erklären. Zu der Verschlechterung des internationalen Umfeldes tragen auch die gestiegenen geopolitischen Risiken vor allem in Europa bei, da die Europäer nun stärker selbst für den Erhalt der äußeren Sicherheit verantwortlich sind.

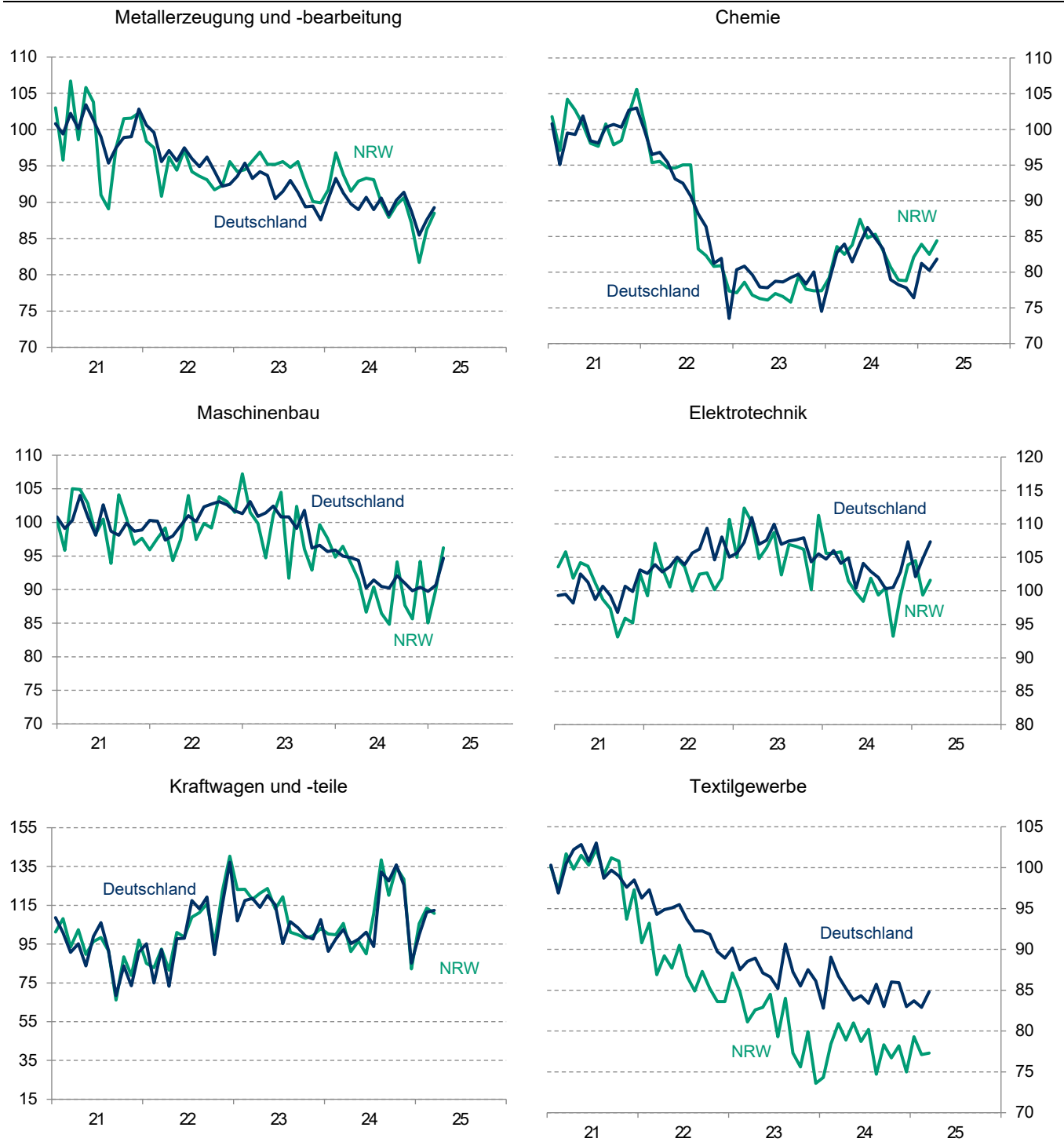
Auf dieses veränderte Umfeld haben die Parteien der inzwischen neugebildeten Bundesregierung reagiert, indem Bundestag und Bundesrat im März Änderungen des Grundgesetzes und die Schaffung eines Sondervermögens zur Verbesserung der Infrastruktur beschlossen haben. Diese Maßnahmen erhöhen die Ausgabenspielräume des Bundes und der Länder erheblich. So ist vorgesehen, von dem Sondervermögen, das ein Gesamtvolumen von 500 Mrd. Euro hat, 100 Mrd. Euro an die Länder weiterzugeben. Die Finanzministerkonferenz hat sich für die Verwendung des Königsteiner Schlüssels ausgesprochen. Danach würde NRW über einen Zeitraum von 12 Jahren gut 21 Mrd. Euro für Investitionen erhalten. Im Jahr

2024 waren im Landeshaushalt hierfür etwa 10 Mrd. Euro vorgesehen, so dass hieraus in den kommenden Jahren eine Erhöhung der (nominalen) Investitionsausgaben des Landes um rund 16 % möglich wäre. Für den Wirtschaftsausblick kommt hinzu, dass auch die Investitionen des Bundes und die Erhöhung der Verteidigungsausgaben in den Bundesländern wirken, so dass sich der Impuls in den kommenden Jahren noch einmal deutlich verstärken dürfte. Allerdings ist insbesondere der Tiefbau bereits hoch ausgelastet. Eine rasche Ausweitung der Kapazitäten dürfte auch aufgrund der fehlenden Fachkräfte nicht ohne weiteres möglich sein, so dass mit steigenden Preisen zu rechnen ist.

Schaubild 2

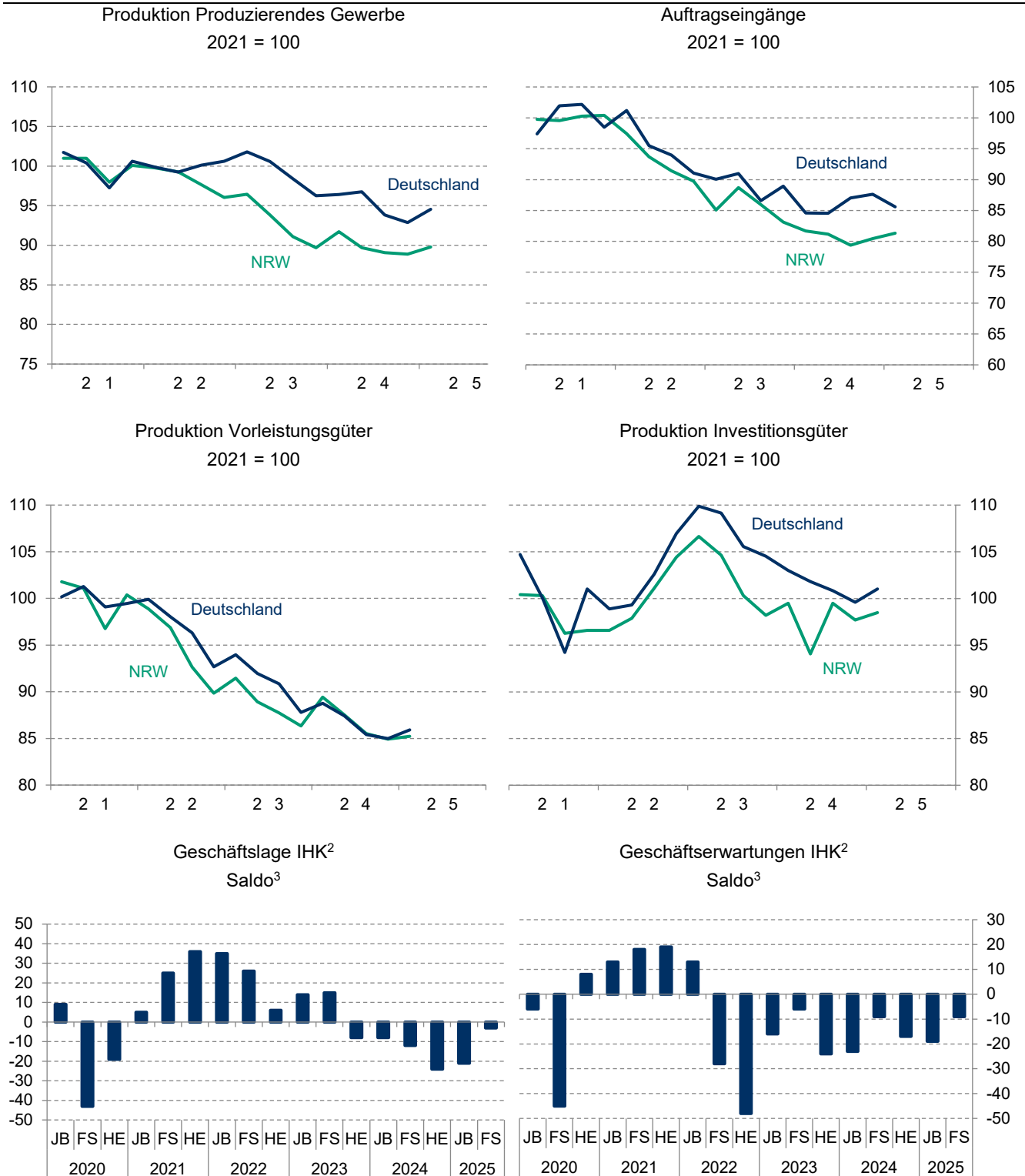
Produktionsindizes in ausgewählten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes

2021 bis 2025; 2021 = 100, saison- und kalenderbereinigte Werte



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und von IT.NRW.

Schaubild 3
Indikatoren für das Produzierende Gewerbe Nordrhein-Westfalens
 2021 bis 2025, saison- und kalenderbereinigte Werte¹



Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, von IT.NRW und von IHK-NRW.–¹Außer Ergebnisse der IHK-Umfrage.–²Umfragen der Industrie- und Handelskammern NRW unter ihren Mitgliedern. JB: Jahresbeginn, FS: Frühsommer, HE: Herbst.–³Positive Antworten abzüglich negativer Antworten, neutrale Antworten („unverändert“) unberücksichtigt.

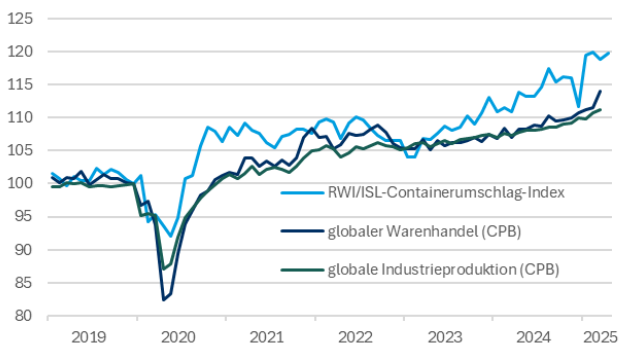
Kasten: Zur konjunkturellen Entwicklung im Ausland

Die Weltwirtschaft war zum Jahresauftakt von einer hohen Unsicherheit geprägt. Daran hatte die Handelspolitik der USA einen wesentlichen Anteil. Ankündigungen und die teilweise Umsetzung von erheblichen Zollerhöhungen auf Einfuhren aus China, aber auch aus wichtigen Handelspartnern wie Mexiko, Kanada und der EU, dürften sich bereits spürbar auf den internationalen Handel ausgewirkt haben, und sich -trotz der teilweise erfolgten Aussetzungen und Rücknahmen- auch weiterhin auswirken. Im ersten Quartal haben dabei zum Teil wohl noch Vorzieheffekte Industrieproduktion und Warenhandel gestützt. Nach Angaben des niederländischen Central Planbureau (CPB) stiegen diese global um 1,1% bzw. 2,0% gegenüber dem Vorquartal. Auch der Containerumschlag legte in den ersten Monaten des Jahres zu (Schaubild 4). Nach Angaben der OECD stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ihrer Mitgliedstaaten im ersten Quartal jedoch lediglich um 0,1% gegenüber dem Vorquartal, nach 0,5% im Schlussquartal 2024.

Schaubild 4

Globale Industrieproduktion, Warenhandel und Containerumschlag

Januar 2019 bis April 2025, Dezember 2019=100, Volumenzindizes, saisonbereinigt



Nach Angaben des CPB bzw. des RWI, eigene Berechnungen.

In den USA ging das BIP laut der ersten Schätzung im ersten Quartal mit -0,1% gegenüber dem Vorquartal leicht zurück. Während sich die Zuwachsrate des privaten Konsums abschwächte, wiesen die staatlichen Ausgaben auf Bundesebene einen negativen Wachstumsbeitrag auf. Gleichzeitig deuten die sehr stark gestiegenen Warenimporte, die für sich genommen statistisch einen negativen Beitrag zum BIP-Zuwachs lieferten, auf Vorzieheffekte hin, die sich auch in dem Anstieg der Investitionen niedergeschlagen haben dürften. Die

hohe Unsicherheit und ein gesunkenes Konsumentenvertrauen dürften auch im weiteren Verlauf die Dynamik der US-Wirtschaft bremsen. Die Zollerhöhungen dürften zudem preisteigernd wirken und damit den Konsum zusätzlich dämpfen. Ein anhaltender Preisdruck könnte die US-Notenbank (Fed) dazu veranlassen, ihre Leitzinsen länger erhöht zu halten. Bislang beließ sie sie auf dem Ende 2024 erreichten Niveau. Vor diesem Hintergrund senkte der Internationale Währungsfonds (IWF) im April seine Prognose für den Zuwachs des US-BIP im laufenden Jahr auf 1,8%, nach einem Anstieg um 2,8% im Jahr 2024.² Das RWI rechnete in seiner jüngsten Prognose vom März für das Jahr 2025 mit einem Zuwachs von 1,9%.³

Das chinesische BIP stieg im ersten Quartal um 1,2%. Nachdem die es vergangenen Jahr offiziell dem Wachstumsziel entsprechend um 5,0% gestiegen war, dürfte es im laufenden Jahr angesichts der Zollerhöhungen sowie der fortdauernden internen strukturellen Probleme herausfordernd bleiben, dieses Ziel erneut zu erreichen. Dementsprechend versuchen Regierung und Zentralbank die Wirtschaft mit geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen zu stützen. Die jüngsten Prognosen von IWF und RWI erwarteten trotzdem eine Verlangsamung des BIP-Zuwachses auf 4,0% bzw. 4,6% im Jahr 2025.

Im Euro-Raum stieg das BIP im ersten Quartal laut Schnell-schätzung, wie in der EU insgesamt, um 0,3% (nach 0,2% bzw. 0,4% im vierten Quartal). Von den großen Mitgliedstaaten wies Spanien erneut eine kräftige Zuwachsrate auf, während Deutschland und Frankreich nach Rückgängen im vierten Quartal wieder positive Raten verzeichneten. Angesichts der gesunkenen Inflation, von zuletzt 2,2% im April, hat die Europäische Zentralbank (EZB) ihre Leitzinsen seit Jahresbeginn mehrfach gesenkt. Nicht zuletzt das außenwirtschaftliche Umfeld dämpft aber wohl den konjunkturellen Ausblick merklich. So rechnen IWF und EZB mit zuletzt 0,9% bzw. 0,8% auf Jahressicht mit einem ähnlich starken BIP-Zuwachs wie im Vorjahr, die jüngste Prognose des RWI lag bei 1,0%.⁴

Insgesamt ergibt sich damit in der jahresdurchschnittlichen Betrachtung eine merkliche Abschwächung der Zuwachsrate der globalen Wirtschaftsleistung, etwa in der Prognose des IWF von 3,3% im Vorjahr auf 2,8% für das Jahr 2025. Gleichzeitig bestehen für die weitere Entwicklung Risiken und eine erhebliche Unsicherheit. So bleibt nicht zuletzt unklar, ob und ggf. welche Lösungen in den Handelskonflikten gefunden werden. Je nach Ausgestaltungen könnten die negativen Effekte auf die Wirtschaftsleistung deutlicher ausfallen, während die Unsicherheit bereits jetzt merklich negativ wirken dürfte.⁵

² IWF (2025), *World Economic Outlook: A Critical Juncture amid Policy Shifts*, April 2025, Washington, DC.

³ Schmidt et al. (2025), *Frühjahr 2025: Deutsche Wirtschaft weiter im Leerlauf*, RWI Konjunkturbericht, 76, A01, RWI, Essen.

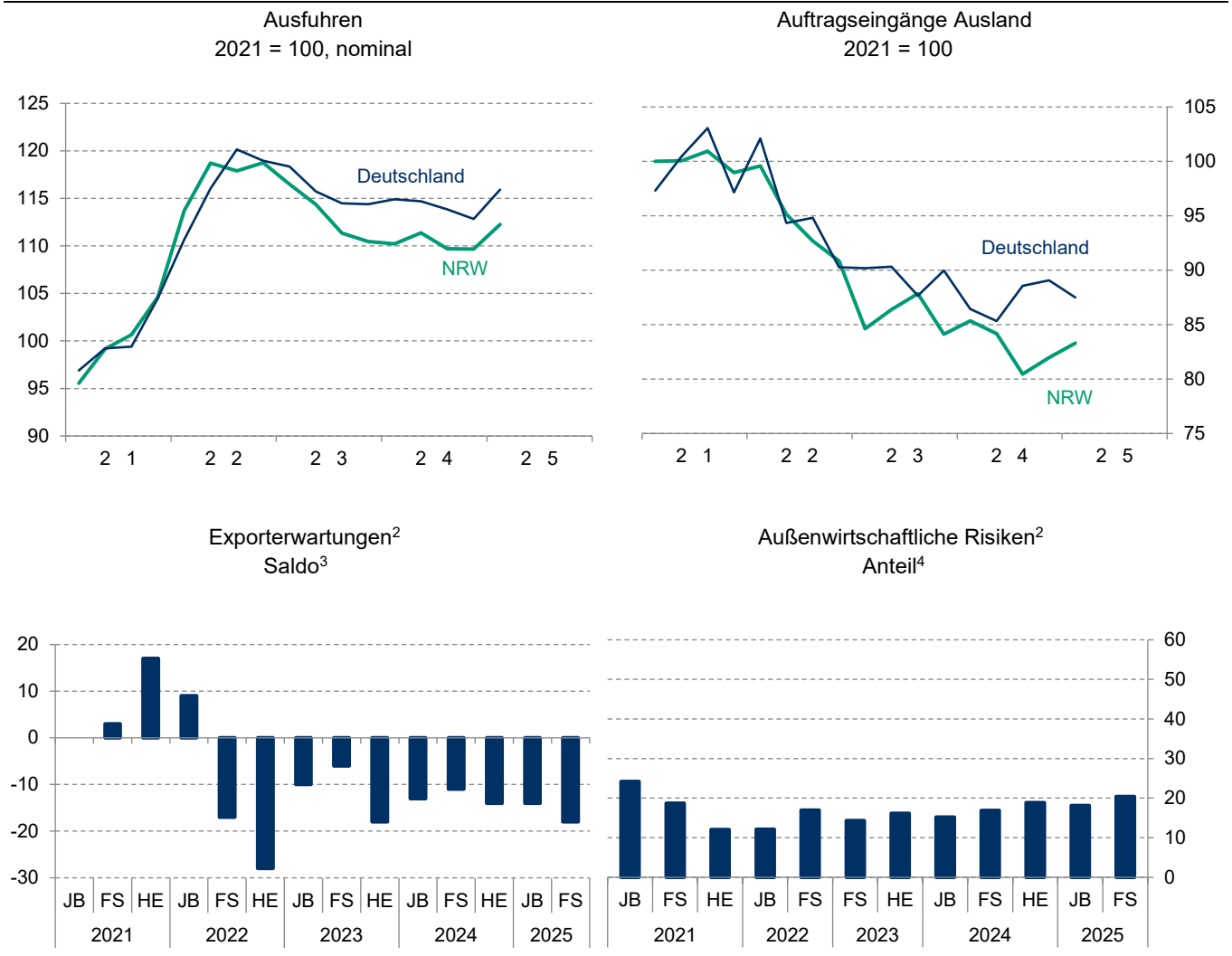
⁴ IWF (2025), EZB (2025): *Macroeconomic Projections März 2025*, Frankfurt am Main, bzw. Schmidt et al. (2025).

⁵ Blagov, B. (2025), *The Tweet is Mightier than the Pen - Social Media Posts, Executive Orders, and Uncertainty*. <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.5225363>

Schaubild 5

Indikatoren der Außenwirtschaft Nordrhein-Westfalens

2021 bis 2025; saison- und kalenderbereinigte Werte¹



Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Bundesbank und von IHK-NRW. – ¹Außer Ergebnisse der IHK-Umfrage. – ²Umfragen der Industrie- und Handelskammern NRWs unter ihren Mitgliedern. JB: Jahresbeginn, FS: Frühsommer, HE: Herbst. Bei den Außenwirtschaftlichen Risiken fehlen der HE 2022 und der JB 2023. Der fehlende Balken bei den Exporterwartungen zum Jahresbeginn 2021 entspricht einer netto 0 und nicht einem fehlenden Wert.– ³Positive Antworten abzüglich negativer Antworten, neutrale Antworten („unverändert“) unberücksichtigt.– ⁴Anteil der IHK-Mitglieder, die in der Auslandsnachfrage ein Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung sehen.

Die außenwirtschaftliche Lage für die nordrhein-westfälischen Unternehmen hat sich im ersten Quartal 2025 verbessert (Schaubild 5). Die Ausfuhren sind seit einer längeren Stagnationsphase erstmals wieder gestiegen. Damit einhergehend stieg auch die Industrieproduktion, was zum Teil auf temporäre Vorzieheffekte im Zusammenhang mit der hohen Unsicherheit hinsichtlich der Zollpolitik der USA zurückzuführen sein dürfte. Viele Unternehmen nutzten das erste Quartal anscheinend, um Lieferungen vorzuziehen und Exporte abzusichern, was zu einem deutlichen Anstieg der Ausfuhren führte (Schaubild 5). Dies deutet darauf hin, dass die Exporteure in NRW in ähnlichem Maße von der US-amerikanischen Zollpolitik betroffen sind wie die deutschen insgesamt.

Die Unsicherheit über weitere handelspolitische Maßnahmen, insbesondere mit Blick auf mögliche US-Zölle, belastet die Exporterwartungen für die kommenden Monate. Dementsprechend wurden auch die außenwirtschaftlichen Risiken von den

Unternehmen zuletzt wieder stärker als Belastung wahrgenommen. Hinzu kommt ein sich wohl insgesamt abschwächender Welthandel, der zu einer schwächeren Nachfrage auf wichtigen Absatzmärkten führt. Auch die verschlechterte Wettbewerbssituation der deutschen Industrie – etwa im Automobilsektor und bei energieintensiven Branchen – wirken dämpfend auf die Exportdynamik.

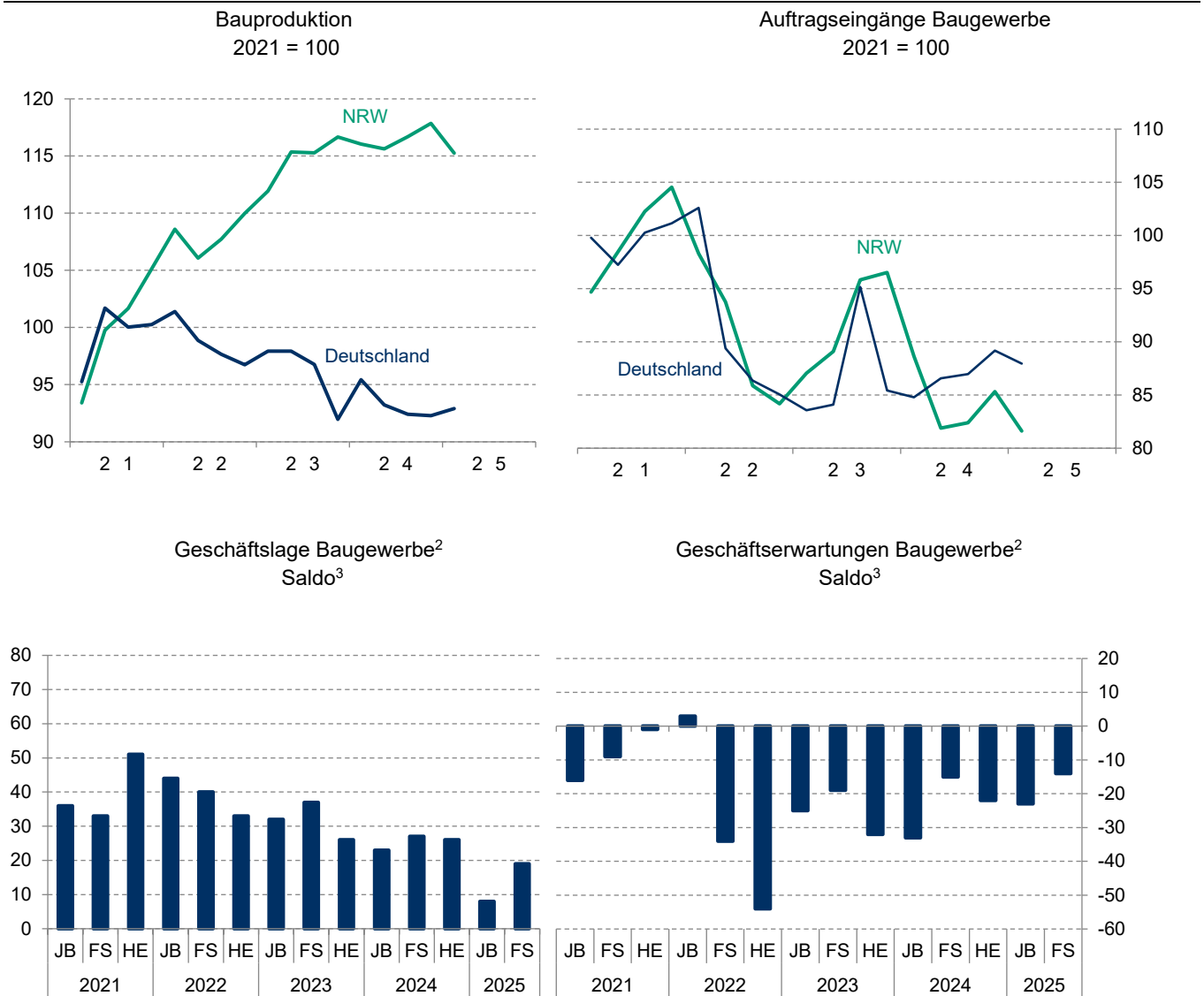
Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen zeigen die jüngsten Daten zu den Auftragseingängen in NRW eine leicht positive Tendenz im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, wenngleich ausgehend von einem niedrigeren Niveau.

Insgesamt ist für das Jahr 2025 mit einem schwachen außenwirtschaftlichen Beitrag zur Konjunktur in NRW zu rechnen – wenn auch mit einer im Vergleich zu Gesamtdeutschland leicht besseren relativen Entwicklungstendenz.

Schaubild 6

Indikatoren der Bauwirtschaft in Nordrhein-Westfalen

2021 bis 2025, saison- und kalenderbereinigte Werte¹



Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Bundesbank und von IHK-NRW.– ¹Außer Ergebnisse der IHK-Umfrage. – ²Umfragen der Industrie- und Handelskammern NRWs unter ihren Mitgliedern. JB: Jahresbeginn, FS: Frühsommer, HE: Herbst. – ³Positive Antworten abzüglich negativer Antworten, neutrale Antworten („unverändert“) unberücksichtigt.

Die Bauproduktion in NRW und Deutschland insgesamt entwickeln sich nach wie vor sehr unterschiedlich (Schaubild 6). Die Baukonjunktur in NRW, die sich zuvor robuster als im Bundesdurchschnitt entwickelt hatte, erlebte zuletzt einen Dämpfer – allerdings weiterhin auf einem vergleichsweise hohen Niveau. In Deutschland insgesamt zeichnet sich seit Jahresbeginn 2025 allmählich eine Bodenbildung ab.

Auch bei den Auftragseingängen zeigen sich zwischen NRW und dem Bund deutliche Unterschiede. Bis etwa zur Mitte des vergangenen Jahres haben in NRW höhere Auftragseingänge die Produktion gestützt. Seitdem sind die Auftragseingänge in NRW gesunken, während sie sich in Deutschland insgesamt erholt haben. Angesichts einer weiterhin hohen Auslastung der Baukapazitäten und positiven Entwicklung bei den Stim-

mungsindikatoren (Lage und Geschäftserwartungen wurden am Bau zuletzt besser eingeschätzt), ist insgesamt mit einer Angleichung der Produktion in NRW und dem Bund auf einem erhöhten Niveau zu rechnen.

Hinzu kommt, dass das Sondervermögen für Infrastrukturprojekte der neuen Bundesregierung in den kommenden Jahren einen spürbaren Nachfrageimpuls für das Baugewerbe auslösen dürfte. Wie oben erläutert, gehen wir in dieser Prognose von einer Verteilung der zusätzlichen Investitionen vom Bund auf die Länder nach dem Königsteiner Schlüssel aus, wonach auf NRW rund 21% entfielen. Die entspräche einem Volumen von etwa 21 Mrd. Euro über die nächsten 12 Jahre. Sollten die Bundesmittel mit einer ähnlichen regionalen Verteilung in den Ländern wirksam werden, wären das in NRW zusätzlich

31 Mrd. Euro. Damit steht NRW vor der Herausforderung, diese zusätzliche Nachfrage in einem bereits stark ausgelasteten Tiefbau zu bewältigen. Zwar dürfte der tatsächliche Mittelabfluss – bedingt durch Planungsverfahren und personelle Engpässe in den Baubehörden – insbesondere in den ersten Jahren geringer sein, dennoch ist mit einem zunehmenden Druck auf die Preise zu rechnen.

Trotz der jüngsten konjunkturellen Abschwächung liegt die Kapazitätsauslastung im nordrhein-westfälischen Bauhauptgewerbe bereits jetzt deutlich über dem Bundesdurchschnitt (saisonbereinigt im April 64% in Deutschland, 71% in NRW).⁶ Der Großteil der geplanten Infrastrukturinvestitionen dürfte allerdings in den Tiefbau fließen. Hier lag die Kapazitätsauslastung in NRW zuletzt sogar leicht unter dem Bundesdurchschnitt (74% in NRW gegenüber 76% deutschlandweit). In beiden Bereichen bewegt sich die Auslastung schon jetzt nahe oder sogar über dem langjährigen Mittelwert. Zusätzliche Investitionen sind daher nur mit dem Aufbau weiterer Kapazitäten möglich. Die langfristige Ausrichtung der öffentlichen Mehrausgaben ist hierbei vorteilhaft, da sie den Aufbau entsprechender

Baukapazitäten erleichtert. Nichtsdestotrotz dürfte das zusätzliche Sondervermögen zur Förderung der Infrastruktur preistreibend wirken. Es kommt zu einer Zeit, zu der auch unabhängig von öffentlichen Mehrinvestitionen, die Preise wieder stärker als zuletzt steigen dürften. So stiegen die Preiserwartungen im nordrhein-westfälischen Baugewerbe im April deutlich an, spürbar stärker als im restlichen Bundesgebiet.

Angesichts der bereits hohen Auslastung wurde in der jüngsten Gemeinschaftsdiagnose angenommen, dass der reale Impuls lediglich rund 43% der nominalen Mehrinvestitionen entspricht.⁷ Dieses Verhältnis ähnelt den Erfahrungen, während des jüngsten Baubooms (2017–2018), in der ebenfalls nur durch den Aufbau neuer Kapazitäten zusätzliche Investitionen ermöglicht werden konnten. Überträgt man dieses Verhältnis auf den unterstellten fiskalischen Impuls für NRW, ergibt sich über den gesamten Zeitraum ein Potenzial für zusätzliche reale Bauinvestitionen von etwa 15%.

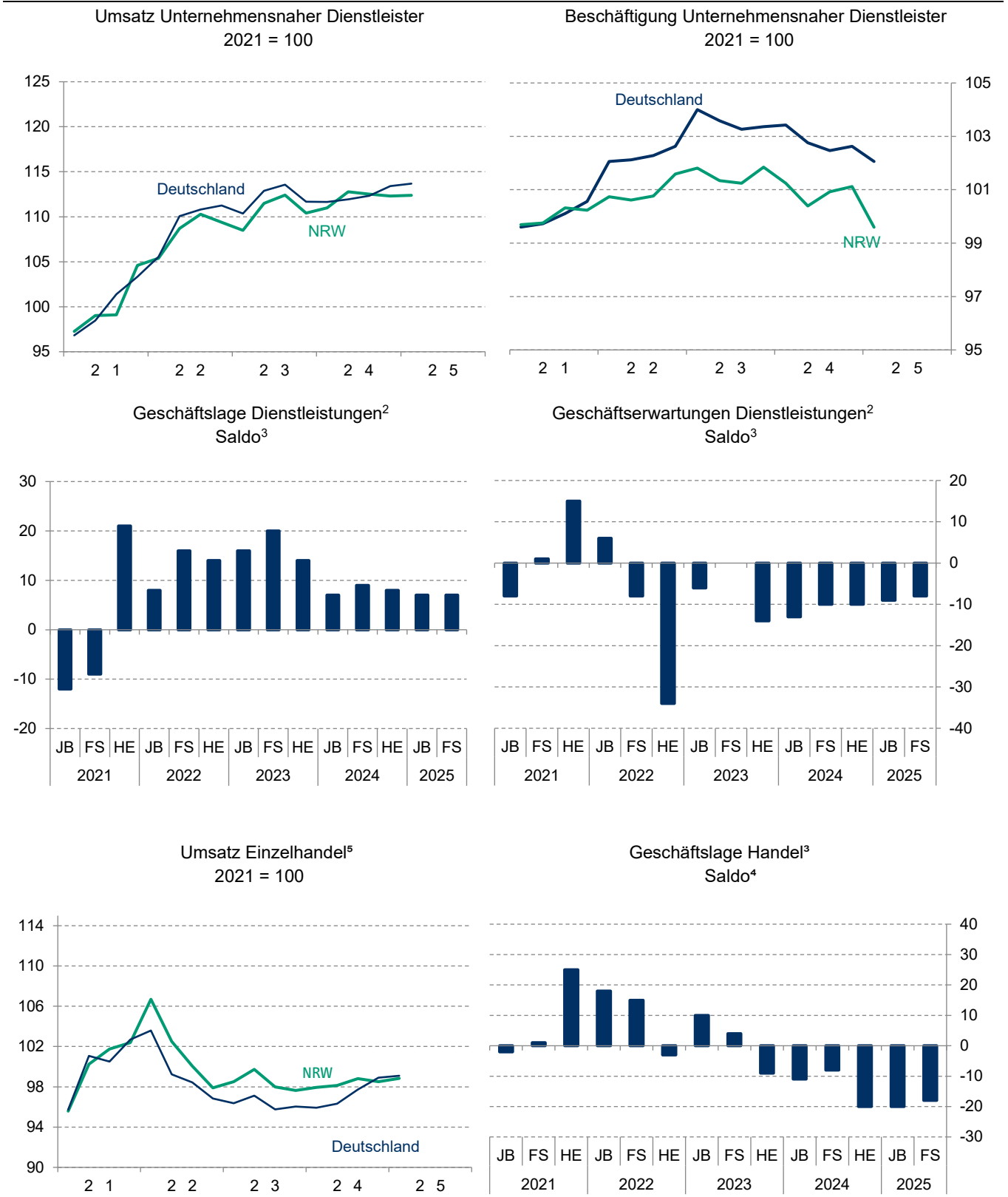
⁶ Quelle: <https://www.nrwbank.de/export/galleries/downloads/Research/2024-04-NRW.BANK.ifo-Geschaeftsklima-Detailauswertung.pdf> und ifo.

⁷ Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2025), *Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2025: Geopolitischer Umbruch verschärft Krise – Struktur-reformen noch dringlicher*, Essen.

Schaubild 7

Indikatoren für den Dienstleistungssektor in Nordrhein-Westfalen

2021 bis 2025, saison- und kalenderbereinigte Werte¹



Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Bundesbank und von IHK-NRW.– ¹Außer Ergebnisse der IHK-Umfrage.– ²Umfragen der Industrie- und Handelskammern NRW unter ihren Mitgliedern. JB: Jahresbeginn, FS: Frühsommer, HE: Herbst. – ⁴ Positive Antworten abzüglich negativer Antworten, neutrale Antworten („unverändert“) unberücksichtigt.

Die konjunkturelle Situation der unternehmensnahen Dienstleister in Nordrhein-Westfalen hat sich im Vergleich zur Einschätzung im Konjunkturbericht vom Jahresbeginn deutlich verschlechtert.⁸ Die zunächst gemeldeten Umsatzanstiege zum Jahresende 2024 wurden inzwischen wieder nach unten revidiert. Zudem wurde der zuvor beobachtete Beschäftigungsaufbau durch einen spürbaren Rückgang der Beschäftigung im ersten Quartal 2024 nicht nur gestoppt, sondern ins Gegenteil verkehrt (Schaubild 7).

Der Umsatz stagniert derzeit auf dem Niveau von Mitte 2023 – in NRW jedoch auf einem etwas höheren Niveau als im Bundesdurchschnitt. Die Beschäftigung hingegen folgt einem klar

rückläufigen Trend. Entgegen der Einschätzung im vorherigen Bericht zeigt sich nun, dass die anhaltende Schwäche der Industrie auch auf die unternehmensnahen Dienstleistungen übergreift. Das Geschäftsklima im Dienstleistungssektor bleibt aktuell leicht positiv, allerdings mit überwiegend negativen, kaum verbesserten Geschäftserwartungen. Ein nur leichter Zuwachs ist daher wahrscheinlich.

Auch im Handel bleibt das wirtschaftliche Umfeld angespannt. Seit dem konjunkturellen Tiefpunkt zum Jahresbeginn 2024 sind die Umsätze nur geringfügig gestiegen – bundesweit stärker als in NRW. Die Geschäftslage der Handelsunternehmen wird weiterhin überwiegend negativ eingeschätzt.

⁸ Torsten Schmidt, Boris Blagov, Maximilian Dirks, Niklas Isaak, Clara Krause, Philip Schacht-Picozzi (2025), *Wirtschaft in NRW zwischen Hoffen und Bangen, Konjunkturbericht Nordrhein-Westfalen Februar 2025.*

Konjunktureller Ausblick hellt sich auf

Die Aufhellung der Stimmung, die bei den Unternehmen und Verbrauchern in den vergangenen Monaten eingesetzt hat, spricht dafür, dass die Wirtschaftsleistung in NRW im Verlauf des Jahres stärker steigt als zu Beginn des Jahres. Anscheinend werden die letztendlichen Belastungen durch die Zollpolitik von den Unternehmen vorerst als nicht zu gravierend eingeschätzt. Vielmehr lassen die steigenden Auftragseingänge erwarten, dass die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe im Verlauf des Jahres weiterhin ausgeweitet wird. Dabei könnten zwar die Auftragseingänge aus dem Ausland durch die Vorzieheffekte aus den USA etwas verzerrt sein. Inzwischen steigen aber auch die Aufträge aus dem Inland. Zudem sind positive Impulse von den öffentlichen Investitionen zu erwarten.

Allerdings bleiben gerade in der Industrie die strukturellen Belastungen bestehen. So leidet das Verarbeitende Gewerbe weiterhin unter den hohen Energiekosten. Die Energie- und Rohstoffpreise werden von den Unternehmen nach wie vor als Risiko für den Ausblick genannt, auch wenn der Anteil der Nennungen gegenüber der Frühjahrsumfrage leicht zurückgegangen ist (Schaubild 8).

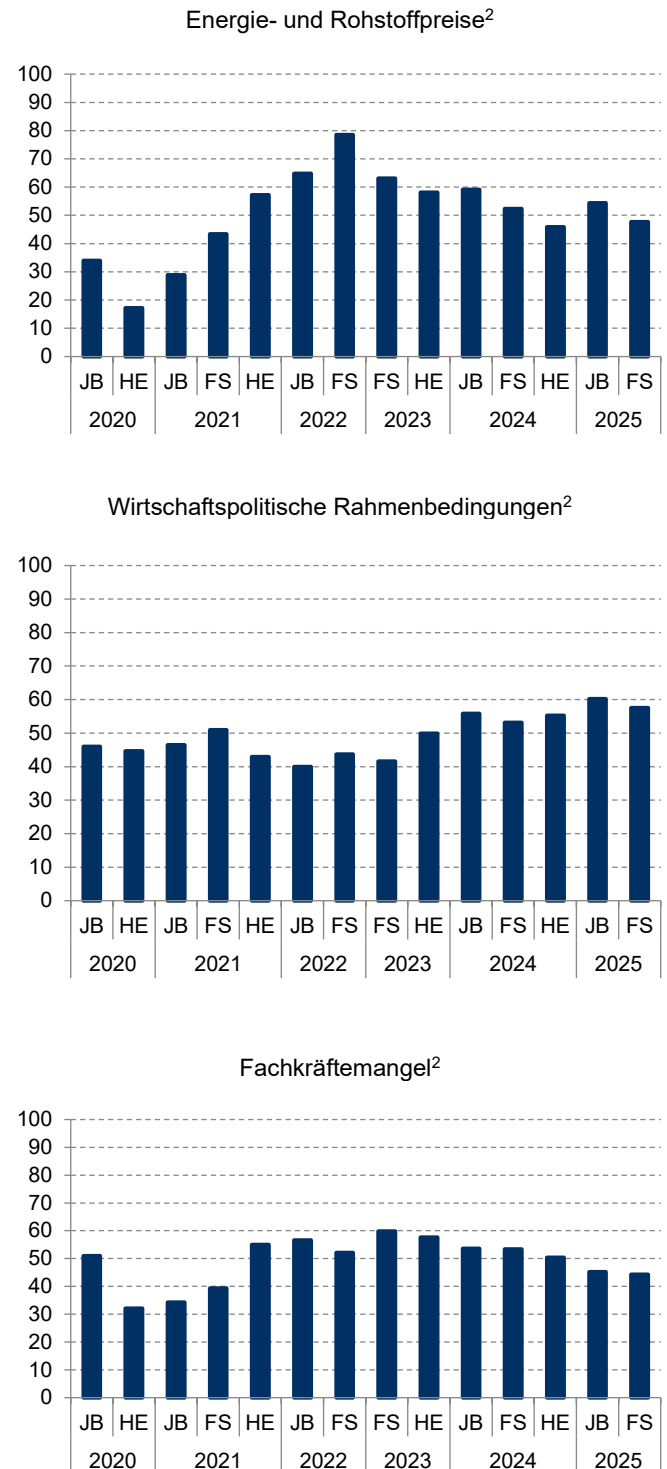
Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen werden ebenfalls nach wie vor als Risiko für den Wirtschaftsausblick wahrgenommen. Zwar hat inzwischen die neue Bundesregierung die Geschäfte aufgenommen und mit dem Koalitionsvertrag den Rahmen für ihre zukünftige Arbeit gesteckt. In wichtigen Bereichen wie der Energie- und Steuerpolitik ist die konkrete Ausgestaltung jedoch weiterhin unklar, so dass deutliche Impulse für mehr Investitionen noch nicht klar zu erkennen sind. Auch wie die hohen bürokratischen Hürden, die ebenfalls ein Wachstumshemmnis darstellen, verringert oder ganz beseitigt werden sollen, ist derzeit noch nicht zu erkennen. Der Fachkräftemangel wird gegenwärtig von 44% der Unternehmen als Hemmnis wahrgenommen. Insgesamt werden diese Hemmnisse, die in der gesamten Bundesrepublik gelten, das Wirtschaftswachstum dämpfen.

Darüber hinaus ist nicht damit zu rechnen, dass sich die Kluft zwischen der Industrieproduktion in NRW und Deutschland im Prognosezeitraum schließen wird. Der Grund liegt darin, dass die energieintensiven Wirtschaftszweige, die in NRW einen größeren Anteil an der Wertschöpfung haben als in anderen Bundesländern, die Produktion aufgrund gestiegener Energiepreise und verschlechterter Absatzbedingungen zu einem größeren Teil wohl dauerhaft reduziert haben. Darauf deutet hin, dass seit dem Anstieg der Energiepreise die Beschäftigung sinkt, ohne dass das Instrument der Kurzarbeit in höherem Maße in Anspruch genommen wird. Dagegen gibt es Anzeichen, dass sich die Automobilindustrie von ihrer Krise erholt. Dies würde den großen Automobilstandorten besonders zugutekommen. Trotz der allmählichen Ausweitung der Produktion im Jahresverlauf dürfte sich aufgrund des statistischen Unterhangs in diesem Jahr nochmal ein Rückgang im Verarbeitenden Gewerbe ergeben.

Schaubild 8

Ausgewählte Risiken für die Wirtschaft in NRW

2020 bis 2025, Anteil in %¹

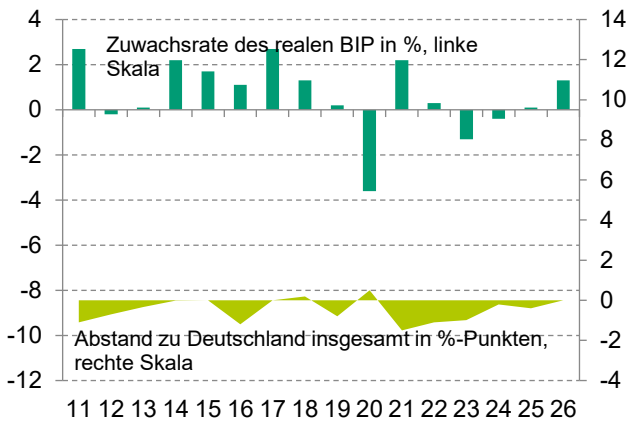


¹Anteil der Unternehmen die das Risiko nennen. ²Umfragen der Industrie- und Handelskammern NRWs unter ihren Mitgliedern. JB: Jahresbeginn, FS: Frühsommer, HE: Herbst. ³Die Frage nach den Risiken wurde in der IHK Umfrage vom Frühsommer 2020 nicht gestellt.

Schaubild 9

BIP-Zuwachs in NRW und Deutschland im Vergleich

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Differenz in Prozentpunkten



Nach Angaben des Arbeitskreises VGR der Länder. Für das Jahr 2025 eigene Prognose.

Im kommenden Jahr dürften die Mittel aus dem Sondervermögen und die steigenden Verteidigungsausgaben wirksam werden. Sollten von dem auf NRW entfallenden Anteil 2 Mrd. Euro

investiert werden, dürfte das BIP rein rechnerisch um etwa 0,2% steigen. Dazu kommen die Effekte der Bundesmittel, die in NRW wirksam werden sowie die höheren Verteidigungsausgaben, von denen auch Unternehmen in NRW begünstigt werden. Insgesamt dürfte das BIP durch diese Maßnahmen um 0,5% höher ausfallen. Auch dies dürfte dazu beitragen, dass die Produktion im kommenden Jahr deutlich stärker ausgeweitet wird.

Die Wertschöpfung in den Dienstleistungsbereichen dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion weiterhin stabilisieren. Auch hier ist für das kommende Jahr mit einer stärkeren Ausweitung zu rechnen. Dazu dürften der Rückgang der Sparquote und der Anstieg der verfügbaren Einkommen beitragen.

Insgesamt dürfte das BIP in NRW in diesem Jahr um 0,1% steigen (Tabelle 1). Dabei ist zu erwarten, dass der Zuwachs zu Jahresbeginn gering ausfallen und sich im Verlauf des Jahres etwas beleben wird. Aufgrund der schwächeren Produktion zu Jahresbeginn dürfte die Jahresdurchschnittsrate unter der des Bundes liegen, die 0,3% betragen dürfte. Für das kommende Jahr ist mit einem deutlich stärkeren Anstieg der Wirtschaftsleistung zu rechnen. Wir erwarten einen Zuwachs im Jahresdurchschnitt von 1,5%, der dem Anstieg in Deutschland insgesamt entspricht.

Tabelle 1

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Nordrhein-Westfalen in ausgewählten Bereichen¹

2022 bis 2026; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2022	2023	2024	2025 ^P	2026 ^P
Bruttoinlandsprodukt	0,3	-1,3	-0,4	0,1	1,5
Bruttowertschöpfung aller Produktionsbereiche	0,6	-0,9	-0,5	0,1	1,5
darunter:					
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	-5,7	-4,7	-3,3	-0,9	1,4
Baugewerbe	-9,9	-0,1	-4,7	-1,0	2,2
Dienstleistungsbereiche	3,1	0,1	0,7	0,5	1,5
Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	3,2	-1,3	0,0	0,4	1,8
Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister ²	0,3	0,6	-0,2	-0,3	1,3
Öffentliche und sonstige Dienstleister ³	6,0	1,0	2,1	1,3	1,4

Eigene Berechnungen nach Angaben des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“. – ¹In konstanten Preisen des Vorjahres – ²Einschl. Grundstücks- u. Wohnungswesen. – ³Einschl. Erziehung, Gesundheit und Private Haushalte. – ^PEigene Prognose.

⁹ Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2024), Deutsche Wirtschaft im Umbruch – Konjunktur und Wachstum schwach. Berlin.

Beschäftigung steigt – Arbeitslosigkeit auch

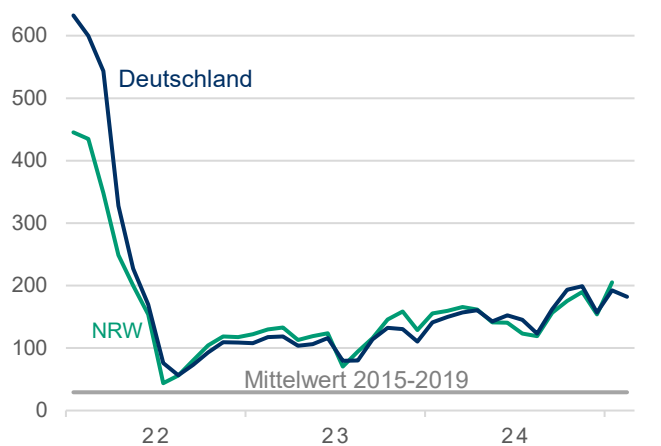
Die Schwächephase am Arbeitsmarkt hält weiter an. Zum Jahresbeginn gingen von der Entwicklung der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit in Deutschland kaum Signale der Erholung aus. Insgesamt sind die relativen Verläufe der Arbeitsmarktgrößen in NRW zwar weiterhin etwas besser als im Bundesdurchschnitt, allerdings deutet sich auch hier an, dass die konjunkturell bedingte Schwäche nur allmählich überwunden werden kann.

Insbesondere die Arbeitslosigkeit, die deutlich gestiegen ist, beschreibt das Ausmaß der Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt (Schaubild 11). Inzwischen hat sie den Höchststand während der Covid-19-Pandemie (3. Quartal 2020) wieder erreicht. Dies gilt sowohl für NRW als auch für ganz Westdeutschland und den Bund, wobei der Anstieg in NRW seit Mitte des Jahres 2022 zumindest etwas schwächer ausfällt. Im April sank die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen in NRW minimal um 2 Tsd. Personen, jedoch stieg sie in Deutschland insgesamt weiter. Eine Trendwende zeichnet sich somit noch nicht ab.

Schaubild 10

Zahl der Personen in konjunktureller Kurzarbeit

Februar 2020=100; Hochrechnung ab Mai 2024



Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit.

Auch bei der Langzeitarbeitslosigkeit setzte sich der Aufwärtstrend zuletzt fort. Diese der konjunkturellen Entwicklung nachlaufende Größe ergibt sich aus den Zugängen zur Arbeitslosigkeit seit Beginn der wirtschaftlichen Stagnation einerseits und den aktuell geringen Abgängen aus der Arbeitslosigkeit wegen schwacher Arbeitsnachfrage andererseits. Zudem bietet sie Hinweise auf strukturelle Arbeitslosigkeit wegen der Anpassungen in der Industrie. Wie die gesamte Arbeitslosigkeit

steigt auch die Langzeitarbeitslosigkeit in NRW etwas langsamer an als in Deutschland.

Basierend auf den jüngsten Zahlen und Hochrechnungen der Bundesagentur für Arbeit dürfte sich bei der Kurzarbeit allmählich ein Plateau bilden (Schaubild 10). Die Zahl der Beschäftigten in Kurzarbeit ist anhaltend höher als durchschnittlich vor der Covid-19-Pandemie. Allerdings zeigt sich in der aktuellen gesamtwirtschaftlichen Lage, dass statt einer Nutzung des Instruments Kurzarbeit, um vorübergehende konjunkturelle Härten abzufedern, Unternehmen eher freiwerdende Stellen nicht neu besetzen, da sie wohl nicht mit einer zügigen Erholung rechnen.

Die niedrige Arbeitsnachfrage, die zu weiten Teilen für den schwachen Arbeitsmarkt verantwortlich ist, zeigt sich unter anderem in der sinkenden Zahl der gemeldeten offenen Stellen. Hohe ökonomische und geopolitische Unsicherheit, etwa durch die US-amerikanische Zollpolitik, senken die Einstellungsbereitschaft insbesondere im Produzierenden Gewerbe. Laut ifo Beschäftigungsbarometer planen die befragten Unternehmen weiterhin Stellen einzusparen, wenngleich wohl in weniger starkem Umfang als in den Vormonaten. Auch in NRW deuten Umfragen auf Stellenabbau hin, ganz besonders in der Industrie. Im Dienstleistungssektor hingegen sollen insgesamt kaum Stellen gekürzt werden. Am aktuellen Rand zeigt sich in NRW bei der Zahl der offenen Stellen eine Bodenbildung, während in Deutschland und Westdeutschland immer weniger offene Stellen gemeldet werden.

Weiterhin stark entwickelt sich die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in NRW. Sie steigt auch bei zunehmender Arbeitslosigkeit kontinuierlich. Auf das gesamte Bundesgebiet gesehen ist der Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zu Jahresbeginn zum Erliegen gekommen. Auf die Beschäftigung wirkt durch den demografischen Wandel ein negativer Impuls, der sich in den kommenden Jahren noch deutlich verschärfen dürfte. Dem gegenüber steht steigende Partizipation und Zuwanderung. Außerdem kommt ein großer Teil des Beschäftigungsaufbaus der vergangenen Jahre insbesondere bei den öffentlichen und sonstigen Dienstleistern.

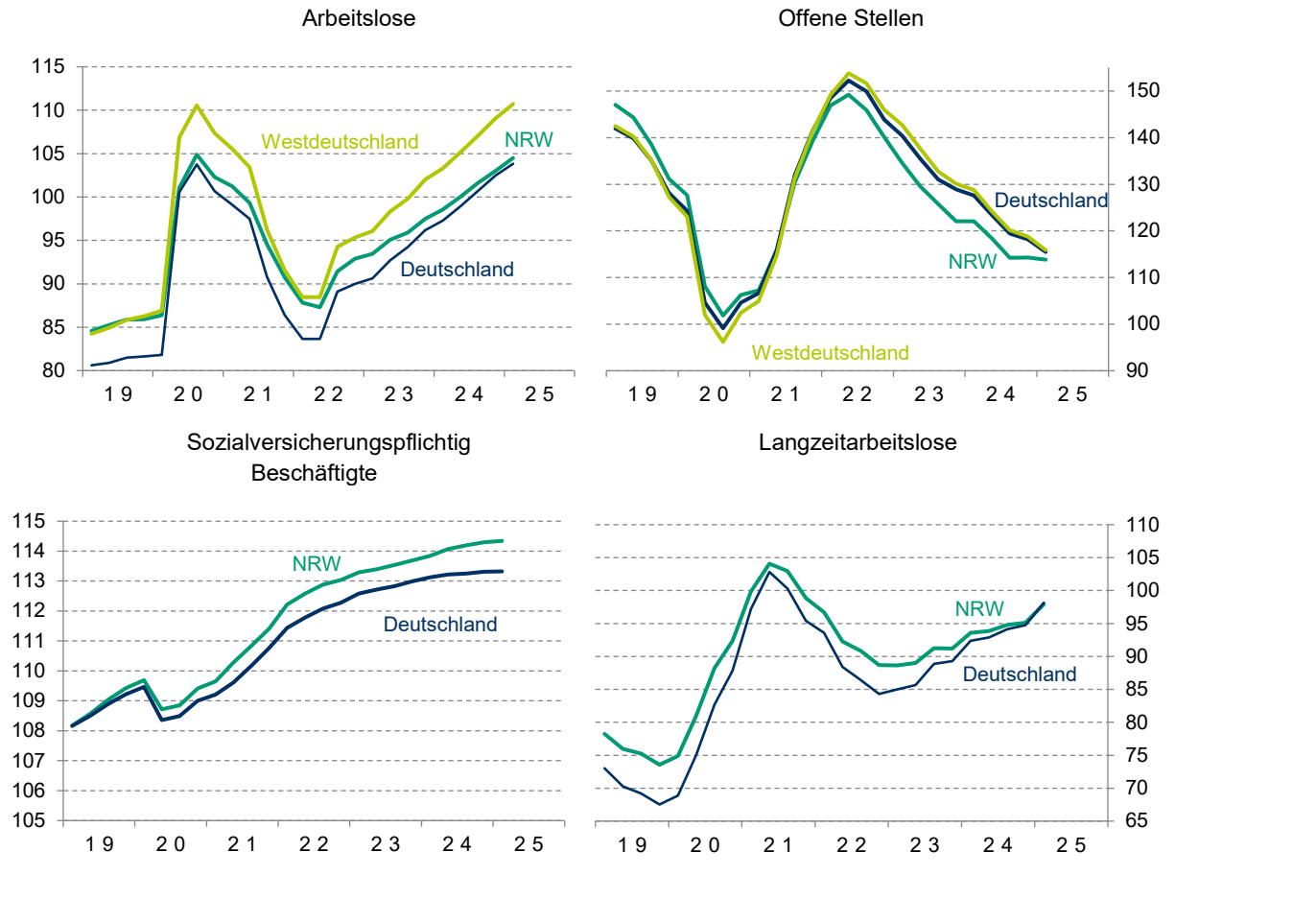
Im Jahresdurchschnitt dürfte sich die Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im laufenden Jahr noch fortsetzen, jedoch vorwiegend durch den statistischen Überhang aus dem Vorjahr. In Zahlen dürfte sich das in einem Plus von 35 Tsd. Personen in Deutschland und 13 Tsd. Personen allein in NRW ausdrücken. Im Jahr 2024 waren es noch 143 Tsd. bzw. 40 Tsd. zusätzliche sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Gleichzeitig dürfte auch die Arbeitslosigkeit auf-

¹⁰ Schmidt, T., A. Balleer, B. Blagov, E. Coschignano, M. Dirks, N. Isaak, F. Kirsch, P. Schacht-Picozzi (2024), *Wirtschaft in NRW erholt sich*, Konjunkturbericht Nordrhein-Westfalen Juni 2024.

grund der niedrigen Nachfrage und der langsamen gesamtwirtschaftlichen Erholung zunächst weiter zulegen. Nach 7,5% im vergangenen Jahr dürfte die Arbeitslosenquote in NRW im

Jahr 2025 auf 7,8% klettern. Zum Vergleich ist in Deutschland insgesamt mit einem Anstieg von 6,0% im Vorjahr auf 6,3% im laufenden Jahr zu rechnen.

Schaubild 11
Indikatoren für den Arbeitsmarkt Nordrhein-Westfalens
 2019 bis 2025, 2015= 100, saisonbereinigt¹



Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit und der Bundesbank. – ¹Außer Langzeitarbeitslose.

Impressum

Herausgeber:

Ministerium für Wirtschaft,
Industrie, Klimaschutz und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen

Tel.: +49 (0) 211/61772-0

Fax: +49 (0) 211/61772-777

Internet: www.wirtschaft.nrw

E-Mail: poststelle@mwike.nrw.de

Abteilung 3

Wirtschaftspolitik

Referat 312

Volkswirtschaft und Statistik

Diese Studie wurde vom RWI - Leibniz-
Institut für Wirtschaftsforschung im Auftrag
des Ministeriums für Wirtschaft, Industrie,
Klimaschutz und Energie des Landes
Nordrhein-Westfalen ertellt.

Bildnachweise:

Titelbild: © AdobeStock, Von mongkonchai

Mediengestaltung:

Magdalena Franke

Die Publikation ist auf der Homepage des Ministeriums für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen unter www.wirtschaft.nrw/broschuerenservice als PDF-Dokument abrufbar.

Hinweis

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerberinnen und -bewerbern oder Wahlhelferinnen und -helfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Dies gilt auch für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift der Empfängerin oder dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

**Ministerium für Wirtschaft,
Industrie, Klimaschutz und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen**
Berger Allee 25, 40213 Düsseldorf
www.wirtschaft.nrw

